

1. Wirtschaft und Arbeit – erstrangige Schwerpunktaufgaben

Ohne ein nachhaltiges, wirtschaftlich breit gefächertes Fundament ist eine prosperierende und zukunftsfähige Stadt Leipzig nicht denkbar. Dies gilt vor allem vor dem Aspekt eines möglichen Bevölkerungswachstums auf circa 650.000 Einwohner bis zum Jahr 2030. Folglich sind für die AfD Wirtschaft und qualifizierte Arbeit als zwei Seiten einer Medaille weiterhin kommunalpolitische Schwerpunktaufgaben Nummer Eins! Die AfD setzt in Leipzig auch in Zukunft vor allem auf die wirtschaftlichen Aktivitäten kleiner und mittlerer Unternehmen, insbesondere die des produzierenden und des Dienstleistungsgewerbes, aber auch des zunehmenden Tourismus sowie des Handwerks, welche in der Summe die meisten Arbeitsplätze sichern. Diese gewährleisten das notwendige Verantwortungsgefühl für die wirtschaftlichen und sozialen Belange vor Ort und entrichten ihre Gewerbesteuern in Leipzig. Insofern sieht die AfD in der städtischen Aufgabe der Wirtschaftsförderung ein erstrangiges kommunalpolitisches Ziel, an deren Verwaltungsspitze qualifiziertes, mit den wirtschaftlichen Belangen und Strukturen in Leipzig vertrautes Personal stehen soll. Dies ist bei der Personalauswahl aus Sicht der AfD vordergründig zu berücksichtigen! Die AfD sieht es darüber hinaus als wichtige städtische Aufgabe an, die bestehenden Standorte von Großunternehmen zu erhalten sowie entsprechend der kommunalen Möglichkeiten deren Kapazitätserweiterung und etwaige Neuansiedlungen, auch von Firmenzentralen, zu unterstützen. Dies ist durch gezielte Grundstücksvorhaltung, finanzielle Anreize bei dem Verkauf von städtischen Gewerbeflächen in kritischen bzw. besonders erwünschten Stadtlagen und durch Revitalisierung der immer noch zahlreichen Industriebrachen zu realisieren. Erst recht ist bei der Gefahr von drohenden Standortverlusten seitens der Verwaltung vermittelnd einzugreifen – aus AfD-Sicht Chefsache für den Oberbürgermeister und vor allem für seinen Wirtschaftsbürgermeister! Diese Forderung ist auch als eindringliche Lehre aus den unwiederbringlichen Standortverlusten von traditioneller Industrie und qualifizierten, gut bezahlten Arbeitsplätzen in der Vergangenheit und leider auch in der Gegenwart zu verstehen.

In diesem Sinne verdienen die Hinweise und Forderungen der Leipziger Industrie- und Handelskammer sowie der Leipziger Handwerkskammer zur Verbesserung der wirtschaftlichen und verkehrsseitigen Rahmenbedingungen aus Sicht der Alternative für Deutschland deutlich mehr Gewicht und Beachtung durch die Stadtverwaltung als bisher. Es steht außer Frage, dass die Belange beider Kammern in den Entscheidungen der Stadtpolitik nicht mehr nachrangig angesehen werden dürfen. Ohne wirtschaftliche Prosperität ist die Erfüllung der Vielzahl an städtischen Aufgaben, nicht zuletzt für die kulturelle Ausstrahlung der Stadt sowie Wohlstand und Lebenszufriedenheit der Leipziger, schwerlich zu sichern.

In Bezug auf praktische städtische Maßnahmen zu Verbesserungen des Wirtschaftsverkehrs in der Stadt sieht die AfD zwei Maßnahmen, die schnellstens umzusetzen sind: Das Handwerkerparken in Wohnvierteln und die Einführung der „Grünen Welle“ auf den Hauptstraßen Leipzigs (vor allem für Ein- und Ausfallstraßen). Lösungen, die auch im Interesse der Berufspendler – als Teil des Wirtschaftsverkehrs – sind.

Den von den Kammern und Leipziger Unternehmen zu Recht angezeigten Fachkräftemangel in Handwerk und Industrie sieht die AfD mit großer Sorge. Er steht – leider auch an den Leipziger Studieneinrichtungen – in keinem Verhältnis zum massenhaften Streben schulisch qualifizierter junger Menschen nach dem Studium diverser geisteswissenschaftlicher Fachrichtungen. Und dies vielfach ohne angemessene berufliche Aussichten und bei hohen Studienabbrecher-Quoten! Diesem Missverhältnis, welches zu Unrecht reale, zukunftsweisende Ausbildungsplätze in Handwerk und Industrie auch durch bisher fehlende öffentliche Aufklärung herabsetzt, ist – gemeinsam mit den Kammern – durch geeignete Initiativen der Stadt, gezielte Bewerbung und Berufsberatung verstärkt entgegenzuwirken.

Die AfD steht für den weiteren Ausbau des Flughafens Leipzig-Halle als bedeutenden Wirtschaftsfaktor für Leipzig und die Region, allerdings sind die nördliche und die südliche Start- und Landebahn schnellstens gleichmäßig auszulasten. Auch hier haben Stadt und Oberbürgermeister ihren Einfluss im berechtigten Interesse der Anwohner im Norden Leipzigs endlich geltend zu machen!

2. Ordnung und Sicherheit in Leipzig – Schiefelage beseitigen!

In der Stadt Leipzig besteht seit längerem ein extremes Defizit in Bezug auf Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit. Die AfD hat diese Situation, welche das Zusammenleben der Bürger in grober Weise beeinträchtigt, nicht hingenommen und wird dies auch in Zukunft zum Wohle der Stadt und ihrer Bürger nicht tun.

Die Fakten sind: Leipzig ist Kriminalitätshochburg Nummer Eins in Sachsen, Zentrum des Drogenhandels und -konsums sowie die Hochburg von Graffiti-Schmierereien, die Sachbeschädigungen gegen das Eigentum von Bürgern und Einrichtungen darstellen. Die AfD fordert die Verwaltungsspitze daher auf, allen voran den Leipziger Oberbürgermeister, zu diesen Themen – anstelle ständiger Bagatellisierung und Vernebelungstaktik gegenüber den Tatbeständen – endlich selbst Haltung zu zeigen und Gegenmaßnahmen auf die Tagesordnung zu setzen! Die AfD verlangt eine eindeutige Botschaft an die Leipziger: Eine Null-Toleranz-Politik in Sachen Ordnung und Sicherheit, welche die Sauberkeit unserer Stadt als Selbstverständlichkeit einschließt!

Politisch motivierte sowie ausufernde Gewalt gegenüber Bürgern und Sachwerten, blühender Drogenhandel und -konsum, islamistische Unterwanderung der Stadtgesellschaft und die Existenz von rechtsfreien Räumen sind die bitteren Realitäten der Stadtentwicklung in den letzten Jahren und beeinträchtigen Ordnung, Recht und Freiheit in Leipzig!

Daraus folgt: Eine radikale Umkehr im Denken und Handeln der Stadtverwaltung ist dringend notwendig. Opferschutz statt Täterschutz muss aus Sicht der AfD endlich auch im Handeln der Verwaltung oberste Priorität haben und vor allem für den Bürger allseits sichtbar werden! Daher sind – auch durch einen personell zu verstärkenden Stadtordnungsdienst – Kriminalitätsschwerpunkte wie die Eisenbahnstraße, der Hauptbahnhof, das Gebiet um den Schwanenteich hinter der Oper und die Zweinaundorfer Straße zu bestreifen und es ist dem drohenden Übergreifen der Kriminalität auf andere Straßen und Stadtteile Leipzigs energisch zu begegnen.

In diesem Zusammenhang fordert die Alternative für Deutschland die Verantwortlichen der Stadt Leipzig dazu auf, sich mit äußerstem Nachdruck beim Freistaat Sachsen dafür einzusetzen, dass die Polizeidirektion Leipzig mit deutlich mehr Beamten zur Bekämpfung der Kriminalität ausgestattet wird. Die AfD bekundet an dieser Stelle vollen Respekt und volle Unterstützung für unsere Leipziger Polizisten, die im Einsatz für die Stadt und ihre Bürger zu oft auch ihre Gesundheit aufs Spiel setzen müssen.

Der gewaltbereite Linksextremismus ist von Seiten der Stadt genauso zu ahnden wie andere Formen des politischen Extremismus. Die AfD

verlangt die räumliche und personelle Ausstattung eines städtischen Zentrums gegen Linksextremismus und den Entzug der städtischen Finanzierung für sogenannte „Soziokulturelle Einrichtungen“, die rechtsstaatliche Normen unterwandern. Das neu zu schaffende Zentrum soll auch Opfer

linksextremistischer Gewalt beraten. Außerdem sind städtisch endlich Präventions- und Aussteigerprogramme in Bezug auf die linksextreme Szene zu erstellen und umzusetzen.

Die fortschreitende Islamisierung ist auch in unserer Stadt zu stoppen! Die Alternative für Deutschland wird keinen neuen Moscheebauten in Leipzig zustimmen. Als Prüfstein für eine wehrhafte Demokratie gilt aus Sicht der AfD: Die Salafisten-Moschee in der Roscherstraße ist ohne Wenn und Aber zu schließen!

Die Anzahl der nichtdeutschen Tatverdächtigen bei kriminellen Handlungen betrug in Leipzig im Jahr 2017 immerhin 8.712 Personen – aus Sicht der AfD ein alarmierendes Signal! Wer unsere Werte

missachtet und unsere Gesetze ignoriert, ist durch den Freistaat Sachsen, mit aktiver Unterstützung der städtischen Behörden, sofort abzuschieben!

Zum ernstesten Thema der Suchtprävention für Jugendliche bezüglich Rauschmittel und Drogen: Die Alternative für Deutschland begrüßt eine flächendeckende Suchtprävention an allen Schulen! Dies ist eine vordringliche und wichtige Aufgabe der bereits angestellten und gegebenenfalls noch einzustellenden Schulsozialarbeiter. Nach den vorliegenden Erfahrungen aus der Praxis lehnt die AfD sogenannte „Fixer-Stuben“ als nicht zielführend für eine eindämmende Drogenpolitik ab!

3. Städtischer Haushalt – Ausgabenziele und Ausgabenkontrolle

In der Gesamtheit der kommunalen Einnahmen steht die Finanzierung der städtischen Pflichtaufgaben, auf die nahezu kein Einfluss seitens des Stadtrates besteht, den freiwilligen Ausgaben gegenüber. Das Vorankommen der Stadt Leipzig in ihrer Entwicklungsdynamik hängt daher in jedem Fall von der richtigen Auswahl der Ausgabenziele ab, für die der stets begrenzte finanzielle Spielraum für freiwillige Aufgaben steht!

Die AfD strebt generell einen ausgeglichenen städtischen Haushalt an, möglichst mit sinnvollen Spareffekten, um mehr von der aktuellen städtischen Schuldenlast abtragen zu können (Haushaltskonsolidierung) und stimmt Ausgabenpositionen für ausreichende Planungsleistungen zu, um die anstehenden Aufgaben bzw. Ausgabenziele qualifiziert und mit ausreichendem Zeitvorlauf erfassen zu können.

Die AfD vertritt eine offensive Haltung bei den absolut notwendigen Investitionen wie z.B. dem Bau bezahlbarer Wohnungen, der Errichtung neuer Kindertagesstätten, der Sanierung und dem Neubau von

Schulen sowie der Finanzierung von Neubau und Instandsetzung städtischer Verkehrsbauten wie z.B. Straßen, Brücken und anderer notwendiger Verkehrslösungen. Zu nennen sind hier – mit dem erforderlichen Augenmaß – auch Ausgaben für Kultur und Umwelt. Dies sind in den nächsten Jahrzehnten unabdingbare Investitionen für eine wachsende Stadt.

Die AfD steht aber auch für einen sparsamen Umgang mit allen freiwilligen Ausgaben in Bezug auf die entscheidenden Fragestellungen: Welche Ausgaben sind für das Gemeinwesen der Stadt Leipzig und das Wohlergehen seiner Bürger tatsächlich erforderlich? Welche Ausgaben dienen allein politischen Zwecken und Wünschen? Wie begründet ist der Mittelverbrauch bei allen städtischen Ausgaben? Im letzteren Fall setzt die AfD auf konsequente Kostenkontrollen, die für die Haushaltsprinzipien „Klarheit“ und „Wahrheit“ stehen!

Wie bisher fordert die AfD mit Nachdruck: Die städtische Finanzierung von Vereinen und Verbänden, deren Tätigkeit – auch in Teilen – den Zielstellungen des Grundgesetzes zuwiderläuft, ist ersatzlos zu streichen. Bekanntlich zeigten sich hier die Stadtverwaltung und die bisherige rot-rot-grüne Mehrheit der Stadträte eher unwillig.

Die AfD wird auch in Zukunft verantwortungsbewusst nur von dringenden Notwendigkeiten diktierte Anträge zum Stadthaushalt stellen und sich nicht an dem im Stadtrat derzeit üblichen Engagement für zweifelhafte Mehrausgaben beteiligen.

4. Stadtentwicklung und Bau – das Erbe bewahren, neue Qualität gestalten

Leipzig stellt sich heute, trotz beklagenswerter städtebaulicher Wunden aus der Vergangenheit, für seine Bürger und Gäste wieder reizvoll und attraktiv dar. Dies betrifft die Vielzahl an eindrucksvoller, bereits sanierter Bausubstanz ebenso wie das städtische Innenleben, dessen Straßenzüge, Parks, die wieder ans Licht gebrachten Flußläufe sowie die sich dem Besucher vor allem im Zentrum leicht zu erschließende Kompaktheit der Stadtstruktur. Offensichtlich lebt und arbeitet man daher gerne hier und genießt als Besucher oder Tourist – neben der emsigen Geschäftigkeit – insbesondere die bauliche Attraktivität der Innenstadt. In ihrer Gesamtheit stellt diese städtebauliche Qualität

gegenüber anderen Städten im Bundesgebiet nahezu ein Alleinstellungsmerkmal dar. Daraus resultiert in gewissem Maße auch das Wachsen der Einwohnerzahl Leipzigs und das Wohlbefinden der Bürger.

Die AfD möchte, dass dieses städtebauliche Erbe auch in Zukunft bewusst erhalten und gepflegt wird, und besteht daher darauf, das städtische Sicherungsprogramm für wertvolle Gebäudesubstanz konsequent fortzusetzen – die Stadtratsfraktion wird das im Leipziger Stadtrat entsprechend kontrollieren. Gesichtlose Neubauten, welche die vielgerühmte Qualität des Stadtbildes an einigen Stellen, vor allem im Innenstadtbereich, leider bereits jetzt negativ beeinflussen, entsprechen nicht den städtebaulichen Vorstellungen der AfD. Im Einvernehmen mit der Leipziger Bürgerschaft, den Leipziger Architekten sowie dem Leipziger Stadtforum wird die Alternative für Deutschland derartigen Negativentwicklungen aktiv entgegenzutreten.

In diesem Zusammenhang fordert die AfD die Stadtverwaltung dringend auf, den hiesigen Architekten mehr Gewicht bei Bewertungen und Bauplanungen zukommen zu lassen, um der Stadtentwicklung und dem Bau von vornherein ein „Leipziger Gefühl“ für Maßstäblichkeit und Homogenität zu sichern! Dies gilt auch für die erforderlichen Lückenbebauungen. Die AfD wird dazu weiterhin das Architekten-Gestaltungsforum der Stadt Leipzig nutzen, um sich mit konkreten Lösungsvorschlägen für städtische Architektur einzubringen. Für die Stadtratsfraktion, die bereits die Pläne zur Neubebauung und Revitalisierung des Wilhelm-Leuschner-Platzes konstruktiv begleitete, obgleich sie nicht vollumfänglich den Vorstellungen der AfD entsprechen, steht als neue große städtebauliche Herausforderung die Neubebauung des Matthäikirchhofes an. Die AfD fordert, die immer noch bedrohlich wirkenden Stasi-Plattenbauten komplett abzureißen und stattdessen die alte Stadtstruktur in ihrer Kleinteiligkeit und Vielfalt wiederherzustellen. Die ehemalige Töpferstraße muss z. B. erneut gewidmet werden. Die sanierte Klingertreppe gewährleistet dann den attraktiven Zugang zu diesem neuen, alten westlichen Tor zur Leipziger Innenstadt.

Leipzigs Stadtbild wird nach wie vor durch heruntergekommene, ruinöse Bahnhöfe und Gebäude der Deutschen Bahn und deren Umfeld beeinträchtigt, wie z.B. in Plagwitz und in Leutzsch. Deren Anblick und Zustand stellen weder für die Deutsche Bahn noch für die Stadt Leipzig eine positive Werbung dar – im Gegenteil! Nachhaltige Aktivitäten, diese unhaltbaren Zustände durch denkmalgerechte Sanierung und sinnvolle Nachnutzung zu verändern, sind nicht erkennbar. Die AfD fordert die Stadtverwaltung daher auf, an die Deutsche Bahn heranzutreten und ein schlüssiges Konzept zur Beseitigung dieses Missstandes zu verlangen.

Aufgrund aktueller und dringender Notwendigkeiten setzt sich die AfD für bezahlbares Wohnen in allen Leipziger Stadtteilen ein und wird den Bau neuer Wohnungen und Wohnsiedlungen im Leipziger Stadtraum unterstützen. Diesbezüglichen Handlungsbedarf sieht die AfD bei aktuellen Bauvorhaben wie dem Areal Bayerischer Bahnhof, dem ehemaligen Eutritzscher Freiladbahnhof und am Hauptbahnhof Westseite.

Zu Wohnsiedlungen wie Grünau: Den Weg der Sicherung von Gebäudevielfalt durch Sanierung, Umbau und Neubau von Gebäudesubstanz durch die Wohnungsunternehmen hält die AfD weiterhin für erfolgsversprechend, um auch im sogenannten Plattenbau gleichwertige Lebensqualität und städtebauliche Attraktivität zu gewährleisten!

Die Wohnsituation am Stadtrand ist durch Schaffung sozialer Infrastrukturen weiter zu verbessern und dem Eigenheimbau – insbesondere für junge Familien – durch großzügige Förderung mehr Gewicht zu verleihen.

Leipzig weist eine bedeutende Erinnerungskultur für alle Epochen der Stadt auf. Dieser Erinnerungskultur soll – nach einem erfolglosen Anlauf der Stadtverwaltung – ein Einheits- und Freiheitsdenkmal folgen, welches die Ereignisse der friedlichen Revolution von 1989/90 in Leipzig angemessen würdigt. Die AfD vertritt die Auffassung, dass ein solches zentrales Denkmal in Leipzig bereits vorhanden ist: Es ist das eindrucksvolle Denkmalensemble von Nikolaikirche und Nikolaikirchhof mit symbolträchtiger, freistehender Nikolaissäule, dem Granitbrunnen und der aufwendigen Pflasterung mit Leuchtsteinen, das als Gesamtheit den revolutionären Aufbruch der Leipziger seit 1989 würdigt. Ein für diese Revolution in mehrfacher Hinsicht großartiger und authentischer Ort! Das Ensemble ist mit dem benannten Bezug schon längst Gegenstand aller

Stadtführungen in der Innenstadt und wird darüber hinaus seit langem von den Leipzigern in vielerlei Hinsicht als Ort des Gedenkens angenommen.

Die AfD sieht daher die Möglichkeit einer preiswerten Umsetzung eines Einheits- und Freiheitsdenkmals für Leipzig darin, dieses Ensemble in geeigneter Form gestalterisch großzügig aufzuwerten und damit in größerem Umfang Steuermittel des Bundes einzusparen.

5. Verkehr und Infrastruktur – die Mobilität hat Vorfahrt!

In der jüngsten Vergangenheit galt es beachtliche Widerstände in der Stadtverwaltung und bei der rot-rot-grünen Mehrheit in der Ratsversammlung zu überwinden, um die in den 90er Jahren vom Leipziger Stadtrat beschlossenen „Verkehrspolitischen Leitlinien“ unter den Bedingungen einer perspektivisch wachsenden Stadt zu aktualisieren. Diese Leitlinien stellen nach wie vor das Kernstück aller wesentlichen Betrachtungen zur verkehrspolitischen Weiterentwicklung Leipzigs als Ganzes dar und sind daher von Zeit zu Zeit den neuen Entwicklungen anzupassen. Auch aufgrund der massiven öffentlichen Kritik an der aktuellen Verkehrssituation in Leipzig – u.a. seitens der Wirtschaft – stellte die AfD-Fraktion einen Antrag im Stadtrat, um auf der Grundlage einer ideologisch unvoreingenommenen Debatte von Verkehrsfachleuten, Vertretern aller politischen Parteien, den maßgebenden Leipziger Bürgerinitiativen und Einzelpersonlichkeiten Richtlinien für das zukünftige Verkehrskonzept zu erarbeiten. Trotz arroganter Ablehnung dieses AfD-Antrages seitens der linken Mehrheit im Stadtrat – einschließlich des Negativvotums des Oberbürgermeisters – sah sich die Stadtverwaltung inzwischen gezwungen, dem Druck der realen Erfordernisse stattzugeben und einen zeitweilig beratenden Ausschuss „Verkehr und Mobilität“ mit genau dieser Aufgabenstellung ins Leben zu rufen. Ein nachträglicher Erfolg für die AfD, welche sich in diesem Gremium derzeit aktiv und ergebnisorientiert einbringt. Dieser Vorgang ist für die AfD eine große Motivation, auch zukünftig maßgebliche Zeichen für eine erfolgreiche städtische Verkehrspolitik zu setzen! Schwerpunkt der AfD ist die deutliche Entlastung des Leipziger Innenstadtringes vom Autoverkehr, d.h. vor allem vom Durchgangsverkehr durch Komplettierung des Leipziger Tangentenvierecks und des Mittleren Ringes – bauliche Maßnahmen, die von Anfang an konzipiert, jedoch aufgrund von Fehleinschätzungen und Unentschlossenheit der Stadtverwaltung seit langem überfällig sind. Eine weitere Herausforderung ist die immer noch ausstehende, zufriedenstellende Verkehrslösung im hochsensiblen Bereich der inneren Jahnallee. Die AfD setzt hier auf eine Untertunnelung für den Kfz-Verkehr als zukunftsweisende Lösung, welche in der Lage ist, eine dauerhafte Entspannung und Aufwertung für die Standorte Wohnen, Handel und Gewerbe herbeizuführen, die Unfallgefahr deutlich zu reduzieren und nicht zuletzt auch ein Stück Lebensqualität in diesem Stadtbereich zu sichern.

Aus Sicht der AfD ist ferner eine Rücknahme der zwischenzeitlich seitens der Verwaltung vorgenommenen Fahrbahnverengungen von Leipziger Hauptstraßen erforderlich, welche den Verkehrsfluss weiter behindern.

Um die Straßen – vor allem in Wohngebieten – von dauerparkenden Kraftfahrzeugen freizuhalten und Pendlern an den Endstellen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) Parkmöglichkeiten zu gewährleisten, regt die AfD den Bau von weiteren Parkhäusern an. Derartige Parkhäuser könnten gleichzeitig mehrere Funktionen erfüllen, u.a. mit Ladestationen für Elektromobilität, mit Solardach zur Energiegewinnung und als Parkgarage für Fahrräder.

Der wachsende Fahrradverkehr in Leipzig ist sicher zu gestalten! Hier gibt es immer noch erhebliche Defizite und Handlungsbedarf! Dies betrifft die Fahrradwegführung und die ungeordneten Überschneidungen mit dem Fußgängerverkehr, die zu Unfällen führen. Aus Sicht der AfD ist anzustreben, den Fahrradverkehr von den städtischen Hauptstraßen möglichst in die Neben- und Parallelstraßen sowie in Grünbereiche umzuleiten.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass der Öffentliche Personennahverkehr für die Fahrgäste attraktiver wird. Das Leipziger Straßenbahnnetz ist zu erhalten und weiter aus- statt abzubauen, z.B. mit einer neuen Anbindung an das Helios Parkklinikum und das Herzzentrum im Leipziger Südosten sowie der

Verlängerung der Linie 4 von Gohlis nach Lindenthal. Die S-Bahn-Taktzeiten sind zu verkürzen, vorrangig die der Linien S1, S2 und S3. Vor allem aber sind Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit der Beförderung entscheidend zu verbessern!

Zu den jährlichen Preiserhöhungen des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes (MDV) für den Leipziger Nahverkehr: Aus Sicht der AfD kann an der Preisspirale nicht endlos gedreht werden. Die AfD fordert daher nach wie vor eine zeitweilige Aussetzung von Fahrpreiserhöhungen, um dem MDV Gelegenheit zu geben, für seine betriebswirtschaftliche Optimierung die notwendigen Schlussfolgerungen aus den günstigeren Fahrpreisen und Fahrkartenangeboten anderer deutscher und europäischer Großstädte zu ziehen. Da die AfD durch die ständig steigenden Nahverkehrspreise die Gefahr einer sozialen Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen sieht, erwartet unsere Partei auch endlich ein verbindliches Engagement des Leipziger Oberbürgermeisters und seiner Stadtverwaltung.

Die AfD setzt sich weiterhin für ein Konzept der Stadtverwaltung zur mittel- und langfristigen Planung der Instandsetzung und Sanierung von Anwohnerstraßen und Fußwegen in Leipzig ein. Dadurch wird auch die Schulwegsicherheit sowie die Senioren- und Behindertenfreundlichkeit in den Stadtteilen weiter erhöht.

6. Kinder, Jugend, Schule, Soziales und Gesundheit – unser aller Zukunft sichern!

Die Stadt Leipzig verzeichnet in ihrer Bevölkerungsentwicklung seit längerem wieder einen Zuwachs an Kindern und Jugendlichen. Im Alltag ist diese neue Realität für jedermann überall sichtbar, denn dies war lange Zeit nicht so! Der Zuwachs resultiert daraus, dass junge Menschen wieder vermehrt familiäre Verantwortung übernehmen, ferner infolge von Familienzuzug aus der Region und ganz Deutschland aus vornehmlich beruflichen Gründen aber auch aus dem verstärkten Eintreffen von Migranten als Folge der völlig verfehlten Politik der gegenwärtigen Bundesregierung. Dies hat für Leipzig allerdings Konsequenzen, auf welche die Stadtverwaltung – anstatt sie zu bedenken – viel zu spät reagierte.

Aus dieser schwierigen Situation heraus wird sich die AfD für eine schnellstmögliche Umsetzung des städtischen Bauprogramms für Kindertagesstätten, mit 19 Kitas (davon 12 Neubauten) für Leipzig bis 2020, einsetzen. Die Zeit drängt! Es gilt den gesetzlichen Anspruch auf einen Kindertagesstättenplatz für jedes Leipziger Kind ab dem ersten Lebensjahr ohne Wenn und Aber zu garantieren! Zukünftige Planungen für Kindertagesstätten sollten – trotz des bestehenden Zeitdrucks – eine Kapazität von 100 Plätzen nicht überschreiten, um einer zunehmenden „Massenbetreuung“ von Kindern entgegenzuwirken und die Betreuungsqualität zu sichern.

Die Ausbildung sowie Einstellung des erforderlichen Betreuungspersonals muss dabei sichergestellt werden. Die Stadt Leipzig hat unverzüglich finanzielle Anreize zu schaffen, damit Erzieher und Hortbetreuer nach dem gesetzlich festgeschriebenen Schlüssel in Zukunft zur Verfügung stehen. Nach Auffassung der AfD ist das städtische Schulbauprogramm schnellstmöglich umzusetzen, da auch hier die Zeit drängt. Überdies kommen nicht nur bei der AfD berechtigte Zweifel auf, ob alle Schulbauprojekte aufgrund des Bauvolumens überhaupt rechtzeitig fertig gestellt werden können. Wir als AfD unterstützen besonders den Ausbau und die Mittelbereitstellung für die zu erhaltenden Förderschulen. Trotz des Zeitdruckes dürfen Standards und Qualität bei Schulneubau und Schulsanierung sowie beim Bau von Kindertagesstätten nicht auf der Strecke bleiben. Das Aufstellen von Containerschulen muss eine absolute Ausnahme bleiben. Aufgrund der Dimension der Bauaufgaben sieht es die AfD für erforderlich an, nicht nur die Stadt sondern auch private Bauherren in die Realisierung der beiden vorgenannten, wichtigen Bauprogramme einzubeziehen.

Als Beitrag für eine nachhaltige Familienförderung in unserer Stadt wird die AfD auch in Zukunft Erhöhungen der monatlichen Elternbeiträge für Krippe, Kindergarten und Hort ablehnen. Die AfD nennt dies: „Willkommenskultur für Kinder“!

Das letzte Kindergartenjahr ist das wichtigste Jahr zur Vorbereitung auf den Schulbesuch. Die AfD fordert deshalb für alle Kinder ein kostenfreies letztes Kindergartenjahr. Die Mittel dafür sind entsprechend im jeweiligen Doppelhaushalt der Stadt Leipzig einzustellen.

Eine die Stadtgesellschaft bedrückende Tatsache ist die derzeitige Leipziger Schulabbrecherquote von über zehn Prozent. Dass sich trotz stetig steigender Neueinstellungen von Sozialarbeitern die Abbrecherzahlen an den Leipziger Schulen erhöht haben, ist ein nicht hinzunehmender Zustand. Hier geht es aus Sicht der AfD um reale Verluste an Zukunftsperspektiven für die Stadt, ihre Bürger und für die jungen Menschen selbst. Die AfD schlägt aus diesem Grund einen „Runden Tisch“ mit allen Beteiligten vor, um die Situation allseits zu analysieren und die entsprechenden Schlüsse daraus zu ziehen. Ein „Weiter so“ darf es diesbezüglich nicht geben!

Das Medienpädagogische Zentrum (MPZ) muss personell und materiell ausgebaut werden, um die Digitalisierung an allen Leipziger Bildungseinrichtungen voranzutreiben. LAN/WLAN muss flächendeckend an jeder Schule verfügbar sein!

Alle seit 2015 neu geschaffenen städtischen Asylbewerberunterkünften sind auf ihre Auslastung hin zu überprüfen. Von der Stadt Leipzig abgeschlossene langfristige Mietverträge mit Dritten sind bei Nichtauslastung anderen sozialen Zwecken, wie beispielsweise der Reduzierung von Obdachlosigkeit, zu übertragen. Die AfD spricht sich für das vorrangige Zurverfügungstellen von Sachleistungen anstelle der Auszahlung von Geldleistungen an Asylbewerber aus.

Die gestiegenen Geburtenraten und der starke Zuzug junger Familien sorgen für überfüllte Kinderarztpraxen. Die Fallzahlen der Leipziger Kinderärzte lagen im ersten Quartal 2013 bei 58.000, 2017 waren es 78.000. Die Anzahl der Kinderärzte ist jedoch gleich geblieben.

Kinderarztpraxen müssen neue Patienten ablehnen oder haben Wartezeiten von drei Monaten. Die AfD fordert deshalb: Die Stadt Leipzig setzt sich beim Freistaat Sachsen für eine Ausnahmeregelung zur Schaffung neuer Kinderarztstellen ein.

In den letzten Jahren hat sich in den Arztpraxen und Krankenhäusern die Zahl von Patienten mit Migrationshintergrund stark erhöht. Ärzte und Pflegepersonal werden zunehmend mit organisatorischen und sprachlichen Problemen sowie kulturellen Besonderheiten konfrontiert, welche nur schwer mit dem Arzt- und Krankenhausalltag kompatibel sind. Den Mitarbeitern des Gesundheitssystems steht noch weniger Zeit für die Erfüllung des Versorgungsauftrages der Leipziger Bevölkerung zur Verfügung. Wir fordern die Wiedereinrichtung einer Migrantenambulanz und die, mit Ausnahme der Notfälle, ausschließliche Betreuung dieses Personenkreises in dieser Ambulanz. Die Stadt Leipzig muss Menschen mit Behinderung deutlich mehr Beachtung schenken. Sämtliche öffentliche Einrichtungen müssen für alle Menschen zugänglich sein. Wir fordern, dass das Neue Rathaus, das Stadthaus sowie alle Ämter und Behörden der Stadt Leipzig bis spätestens 2024 auch für Menschen mit Behinderung vollumfänglich erreichbar sind. Des Weiteren müssen alle neuen Haltestellen des ÖPNV ausnahmslos barrierefrei gebaut werden.

Pflegebedürftige Menschen leben oft im häuslichen Bereich selbstbestimmter als in Pflegeeinrichtungen. Das Quartiersmanagement der Stadt Leipzig ist so zu gestalten, dass häusliche Pflege nicht auf Barrieren stößt, die eine stationäre Pflege unumgänglich machen.

Ein nachhaltiges Verhältnis von Wohnungsbau- und Stadtentwicklungspolitik ist dringend erforderlich, um der alternden Stadtbevölkerung weiter den Zugang zum gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Die AfD fordert deshalb eine alters- und behindertengerechte Stadtentwicklung und die Erstellung eines Zukunftsplanes „Alternde Stadtbevölkerung“.

Die Rettungsdienstzeiten von zwölf Minuten (Hilfsfrist gem. SächsLRett DPVO inklusive Dispositions-, Ausrück- und Fahrzeit zum Patienten) werden in Leipzig nicht mehr flächendeckend gewährleistet.

Die AfD fordert: Sicherstellung der Rettungsdienstzeiten in allen Stadtgebieten durch Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur sowie den Erhalt und Ausbau der Notfalleinrichtungen Leipzig-Grünau.

Alkohol- und Drogenmissbrauch nehmen stetig zu. An und um Schulen finden zu wenig oder gar keine Kontrollen statt. Wir setzen uns deshalb mit Nachdruck für eine personelle Aufstockung der Suchtberatungsstellen ein. Dringend erforderlich sind stärkere Kontrollen durch die Ordnungsbehörde im Schulumkreis und an Verkaufseinrichtungen.

7. Sport in Leipzig – hoher Stellenwert für das Gemeinwohl

Die Alternative für Deutschland würdigt die großartigen sportlichen Traditionen Leipzigs und hält an dem Anspruch „Sportstadt Leipzig“ mit seiner positiven, mobilisierenden Innen- wie Außenwirkung fest. Deshalb setzt sich die AfD dafür ein, dass Leistungs- und Breitensport in unserer Stadt in großer Vielfalt betrieben werden können.

Leipzig wäre zweifellos um ein Vielfaches ärmer ohne die organisierte, aktive Teilnahme zehntausender Bürger am Vereinssport, Schulsport sowie am Senioren- und Behindertensport. Dazu ist das ehrenamtliche Engagement einer Vielzahl von Sportfreunden bei der Organisation der Vereine und der Austragung von Wettkämpfen notwendig. Für diesen Einsatz gebührt den Freiwilligen unser Dank. Deshalb wird sich die AfD auch weiterhin für eine Stärkung des Ehrenamtes im sportlichen Bereich einsetzen. Dazu ist die notwendige Förderung und finanzielle Unterstützung seitens der Kommune erforderlich.

In seiner vorrangigen Orientierung auf das Gemeinwohl in den Bereichen Kinder und Jugend, Schule und Bildung, Gesundheit, Soziales und Integration hat der Leipziger Sport einen hohen Stellenwert für den Zusammenhalt und für die Weiterentwicklung der Stadtgesellschaft. Die AfD unterstützt daher auch in Zukunft alle konstruktiven Forderungen und vielfältigen Hinweise des Stadtsportbundes Leipzig an die Stadtverwaltung und die politischen Parteien, die einer nachhaltigen Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Weiterentwicklung des Sportes in Leipzig dienlich sind. In diesem Zusammenhang unterstützt die AfD das städtische „Sportprogramm 2024“ und die darin enthaltenen sportpolitischen Ziele sowie die infrastrukturellen Einzelmaßnahmen. Insbesondere geht es um die Sicherstellung finanzieller Mittel für die schrittweise Auflösung des Sanierungsstaus bei Sporthallen und Sportplatzanlagen. Neue Sporthallen im Stadtgebiet sollen dort errichtet werden, wo für derartige Hallenangebote ein konkreter und begründeter Bedarf besteht. Perspektivisch ist aus Sicht der AfD der Bau und die Finanzierung einer Multifunktionssportanlage anzustreben, da eine solche Forderung seit längerem besteht. Dieses Projekt sollte mit Hilfe eines Investors realisiert werden.

Nach dem Verständnis der AfD ist das seit Jahren fehlende Engagement, in angemessener und würdiger Form ein Sportmuseum zu errichten, ein für die Stadt Leipzig und ihre Stadtverwaltung blamabler und für die AfD unbegreiflicher Zustand. Die AfD fordert den Leipziger Oberbürgermeister, der einst das Ressort Sport als Beigeordneter zu vertreten hatte, daher auf, hier die Initiative für eine zeitnahe Lösung zu ergreifen. Es gilt, die etwa 90.000 angesammelten Exponate der Sportstadt Leipzig endlich einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren – durchaus mit überregionalem, ja bundesdeutschem Anspruch!

Das traditionsreiche Gebäude des Leipziger Stadtbades ist gemäß Beschlusslage des Stadtrates nach umfassender Sanierung wieder für den Bäderbetrieb zu nutzen. Die AfD unterstützt dies, wie auch die schwierige Suche nach einem geeigneten Investor. Für andere Lösungen, um öffentliche Bademöglichkeiten und den Schwimmunterricht für Kinder in diesem Stadtgebiet zu sichern, ist die AfD offen.

8. Kultur und Kunst – Tradition und Vielfalt erhalten!

Aus Sicht der AfD ist die vielfältige Kulturlandschaft unserer Stadt mit ihrer großen Tradition und Ausstrahlungskraft weit über Leipzig hinaus zu erhalten und deren Entwicklungschancen zu sichern. Dies betrifft die Hochkultur, wie z.B. das Gewandhaus, die Oper, die Musikalische Komödie, den Thomanerchor, die Buchmesse, die zahlreichen Museen und nicht zuletzt das Akademische Orchester sowie die zahlreichen Chöre, aber auch den Leipziger Zoo mit seinem internationalen Ansehen. Dies betrifft gleichfalls auch die sogenannte Szene-Kultur, die in ihrer Mannigfaltigkeit und Qualität ein breites Publikum aus allen Bevölkerungsschichten anzieht.

Hochkultur und Szenekultur sind keine Gegensätze. Vielmehr ergänzen sie einander. Da Kultur jedoch bezahlbar bleiben muss und die Finanzmittel begrenzt sind, setzt sich die AfD dafür ein, dass die Ausgaben der Kommune hierzu auch in Zukunft sorgfältig und detailliert kontrolliert werden. Die AfD

wird einer Förderung von Vereinen weiterhin nur zustimmen, wenn diese zweifelsfrei auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.

Die AfD sieht das Erfordernis einer möglichst gleichmäßigen kulturellen Entwicklung aller Leipziger Stadtteile, gerade unter dem Aspekt einer wachsenden Stadt. So sind entsprechende Defizite vor allem im Osten und Westen Leipzigs schrittweise und ideenreich abzubauen. Die Schließung von Stadtteilbibliotheken und deren Zentralisierung, wie im Leipziger Westen – im Stadtteil Grünau – seitens der Verwaltung vorgesehen, lehnt die AfD entschieden ab. Die freie, projektorientierte Kultur soll weitere Entwicklungsmöglichkeiten erfahren, insbesondere im Zusammenspiel mit institutionell geförderten Trägern und Kirchen.

Die Situation des Leipziger Naturkundemuseums am Standort der vormaligen Baumwollspinnerei in Leipzig-Plagwitz bestätigt alle AfD-Bedenken bei der Diskussion zu dieser Standortentscheidung, auch aufgrund der derzeitigen Kostenentwicklung. Die AfD setzt sich dafür ein, dass das Naturkundemuseum zwischen Rosental, Zoo und Innenstadt an seinem alten Standort saniert und entwickelt wird.

Nach Auffassung der AfD muss neben der bereits etablierten Buchmesse das Leipziger Herbstlesefest wieder stärker gefördert werden, um Leipzig als Buch- und Lesestadt weiter voranzubringen.

Einheimische Autoren haben damit mehr Möglichkeiten ihre Neuerscheinungen vorzustellen.

Die Leipziger Kunstszene benötigt für den weiteren Aufschwung eine „Galerie der Zukunft“, in der vor allem noch unbekannte Leipziger Künstler – für geringe Gebühren – wechselnd ausstellen und sich dem Publikum vorstellen können. Die AfD unterstützt eine solche Galerie, da sich weitgehend unbekannte Künstler in Leipzig oftmals in einer prekären finanziellen Situation befinden. Diese sind auf eine solche, kostengünstige Werbung angewiesen, um die Chancen für ihren Lebensunterhalt zu verbessern und ein breiteres Publikum ansprechen zu können. Das in Leipzig bestehende Engagement von Kunstmäzenen reicht dafür leider nicht aus. Überhaupt ist ein Augenmerk darauf zu richten, dass die Löhne und Gehälter von Mitarbeitern im kleinteiligen Kunst- und Kulturbereich den heutigen Lebensanforderungen genügen, da oftmals in Bezug auf die Hochkultur andere Prioritäten selbstverständlich sind.

Das Luther-Melanchthon-Denkmal war einst das sichtbarste Zeichen für die Reformation in Leipzig. 1943 ließen es die Nationalsozialisten für ihren Rüstungsbedarf einschmelzen. Um diesen Frevel im Nachgang zu heilen, setzt sich die AfD unverändert für eine Wiederherstellung des Denkmals durch die Stadt bzw. durch Spenden ein – wie bei der Wiederherstellung des Mendelssohn-Denkmal am Ring bereits erfolgreich praktiziert.

Die AfD wird als unverzichtbaren Schwerpunkt ihrer Politik auch weiterhin dem kulturfeindlichen Genderwahnsinn sowie der Verhöhnung und Diskriminierung der deutschen Sprache und Kultur in der Öffentlichkeit den erforderlichen Widerstand entgegensetzen – auch im Leipziger Stadtparlament!

9. Umweltpolitik – Vorrang haben Sachverstand und Augenmaß

Die Umweltpolitik wird in der Stadt Leipzig von „grünen“ Themen beherrscht, welche in der Regel nur oberflächlich oder gar nicht einem ernstzunehmenden Schutz von Natur und Umwelt dienen. Die AfD fordert hier eine kritische Haltung von der Verwaltung und eine Zurückweisung der unsachlichen, politischen Agitation gegen die regionale Industrie, verbunden mit der Geringschätzung von Ingenieurtechnik und umweltbezogenem Sachverstand. Der Schutz von Natur und Umwelt war übrigens von Anfang an ein politisch konservatives Anliegen. Dies sollte der AfD die notwendige Glaubwürdigkeit beim Engagement für dieses Thema verleihen!

Die AfD steht nach wie vor für die Abschaffung der sogenannten Umweltzone in Leipzig, deren Nutzen bis zum heutigen Tag nicht nachzuweisen ist – zumal andere Großstädte in Deutschland gut ohne ein solches Bürokratie-Monster auskommen.

Ein Fahrverbot für Diesel-Kraftfahrzeuge lehnt die AfD in Leipzig genauso ab wie die „Blaue Plakette“ und die damit einhergehende schleichende Enteignung der Kfz-Besitzer. Hohe Feinstaubbelastungen im Stadtgebiet resultieren vorrangig nicht aus den Abgasen der Dieselfahrzeuge, sondern haben

andere Ursachen, die eigentlich hinreichend bekannt sein sollten (Staub, Pollenflug, wechselnde Großwetterlagen, Baustellen usw.).

Das Vorgehen der „grünen“ Kohleausstiegs-Agitatoren weist die AfD mit aller Entschiedenheit zurück! Seit der technisch und organisatorisch völlig überstürzt eingeleiteten „Energiewende“ der Bundesregierung wittert ein Sammelsurium aus ungeprüften Polit-Autoritäten und Demo-Touristen Morgenluft. Sachlich ist für die AfD jede Diskussion sinnvoll, jedoch muss ein Kohleausstieg wirtschaftlich vertretbar sein. Und dies wird aller Voraussicht nach frühestens in 20 bis 30 Jahren der Fall sein. Selbstverständlich sind die Belegschaften der Kraftwerks- und Braunkohlenindustrie, aber auch die Bewohner der Ortschaften im Umfeld dieser Industrien in alle Entscheidungen einzubeziehen!

Die Bürger im Leipziger Norden, Nordwesten und Westen leiden seit vielen Jahren unter dem Fluglärm, der vom Flughafen Leipzig-Halle vor allem in den Nachtstunden ausgeht. Die Reduzierung von Fluglärm ist ein wichtiger Faktor für den Umweltschutz und damit für den Schutz der Anwohner! Die AfD erwartet von der Stadt Leipzig endlich ein offensives Auftreten gegenüber dem Flughafenbetreiber sowie der DHL und zwar mit folgenden konkreten Forderungen: Erstens keine kurze Südabkurvung über Leipzig und zweitens eine gleichmäßige Verteilung von Starts und Landungen auf der vorhandenen Süd- und Nordlandebahn des Flughafens – auch in den Nachtstunden!

Aus Lärmschutzgründen sollte der städtische Einsatz von Laubsaugern im gesamten Stadtgebiet drastisch eingeschränkt werden. Die gesetzlichen Möglichkeiten sind diesbezüglich voll auszuschöpfen.

Der Schutz des Leipziger Auwaldes, besser seines nur noch existierenden Restbestandes, hat nach Auffassung der AfD hohe Priorität für eine ernstzunehmende Umweltpolitik in unserer Stadt. Die AfD setzt sich dafür ein, dass bei allen städtischen Entscheidungen hierzu zukünftig der Naturschutz im Vordergrund steht und verlangt ein entsprechendes, schlüssiges Konzept der Verwaltung. Die AfD fordert die Stadt auf, den konstruktiven Dialog dazu mit allen Umweltvereinen und der interessierten Leipziger Bürgerschaft wieder aufzunehmen!

Beachtung sollte aus Sicht der AfD auch die fortschreitende Versiegelung von Flächen bei Baumaßnahmen finden. Diesem Trend ist seitens der Verwaltung entschiedener entgegenzuwirken! Städtische Freiflächen sollten vorrangig zur Vergrößerung des Bestandes an Erholungs- und Grünflächen sowie für Kinderspielplätze genutzt werden. Gleichzeitig ist das städtisch bereits erfolgreich betriebene Straßenbaumprogramm weiter voranzutreiben und dazu sind Spendenmittel bei den Leipziger Bürgern einzuwerben.

Die Leipziger Seenlandschaft hat eine große und zunehmende Bedeutung für die Erholung der Leipziger und den Tourismus. Daraus leiten sich vielfältige Aufgaben des Natur- und Umweltschutzes ab – für die Seen selbst aber auch für deren Umfeld. Die dazu erforderlichen Schutzmaßnahmen finden auch zukünftig die volle Unterstützung der AfD.

Die AfD Leipzig sieht eine weitere Öffnung von Fließgewässern nicht nur als optische Aufwertung des Stadtraumes sondern auch als wichtigen Beitrag zur Verbesserung des städtischen Mikroklimas an und wird diese im Stadtrat, als eine den Umweltschutz fördernde Maßnahme, auch zukünftig unterstützen.

Die Alternative für Deutschland spricht sich für den finalen Ausbau des Elster-Saale-Kanals aus und verspricht sich davon eine touristische Aufwertung für Leipzig und die mitteldeutsche Region. Die Stadt Leipzig sollte diesem wichtigen Projekt ihre volle Unterstützung geben.

Der öffentliche Raum in Leipzig vermüllt in den letzten Jahren zunehmend. Um dem entgegenzuwirken, fordert die AfD von der Verwaltung, die Anzahl der Papierkörbe und Entsorgungsbehälter – vor allem an Haltestellen des ÖPNV und in Parkanlagen – deutlich zu erhöhen und deren regelmäßige Entleerung zu sichern. Außerdem ist seitens der Stadt Leipzig endlich ein Konzept zu ausreichenden Standorten für Toilettenanlagen – einschließlich zielführender Hinweisschilder – im Innenstadtbereich zu erstellen.

10. Städtische Verwaltung – Motivation, Modernisierung und Bürgerbeteiligung

Die AfD setzt darauf, die Zusammenarbeit der Ämter bei den Verwaltungsaufgaben, die ein ämterübergreifendes Handeln dringend erfordern, deutlich zu verbessern. Kompetenzstreitigkeiten sind im Interesse einer gut verwalteten Stadt Leipzig und ihrer Bürger abzustellen. Beides sind elementare Aufgaben und an sich Selbstverständlichkeiten – aber leider nicht immer Alltag in einer städtischen Bürokratie! Hier erwartet die AfD vom Oberbürgermeister und seinen Fachbürgermeistern Führungsstärke und gegebenenfalls das nötige Machtwort! In den meisten Fällen kennen die Mitarbeiter der Verwaltung die Schwächen des eigenen Amtes und die Schwächen in der Zusammenarbeit mit anderen Ämtern bestens und haben sogar die Lösungsansätze parat. Aus den Defiziten der Verwaltungsorganisation folgen in der Regel Unsicherheit und fehlende Motivation der ansonsten hochqualifizierten Mitarbeiter, welche gerne mehr leisten würden. Die Vorgesetzten haben die Pflicht, ihre Mitarbeiter zu einer positiven Entscheidungsfreude – auch gegenüber Bürgeranliegen – zu motivieren. Statt Lösungen und sinnvolle Kompromisse anzubieten sowie Entgegenkommen gegenüber dem Bürger zu signalisieren, herrschen zuweilen reine Abwehrreaktionen und Prinzipienreiterei vor, eigene Fehler werden dabei kaschiert. Die AfD sieht das oberste Verwaltungsprinzip so: Die Stadt ist für den Bürger da und nicht umgekehrt! Und: Die Stadtverwaltung hat die Funktion eines Dienstleisters gegenüber dem Bürger und Steuerzahler! Die Verwaltung muss sich im Interesse des Bürgers ständig selbst modernisieren. Die Binsenweisheit lautet auch hier Digitalisierung und eine ständige kritische Kontrolle des erreichten Standes. Dies betrifft gegenüber der Bürgerschaft u.a. den Wegfall des langen Wartens auf Papiere, den Wegfall des Vorlegens von Papieren, das Wahrnehmen von zeitraubenden Behördenterminen - insgesamt ein weites Feld für mögliche Erleichterungen und Zeitersparnis für Bürger und Verwaltung! Die AfD wird sich für diese Verwaltungsmodernisierung im Bürgerinteresse engagieren! Eben auch, weil in der Leipziger Stadtverwaltung viele Stellen unbesetzt sind und auf diese Weise Arbeitszeitreserven erschlossen werden könnten.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass leitende Stellen in Leipzigs Verwaltung möglichst mit dem eigenen, langjährig qualifizierten Personal besetzt werden. Dies stellt auch eine zusätzliche berufliche Motivation für diesen Personenkreis dar. Geeignete Bewerber, auch von außerhalb, durch Findungskommissionen zu ermitteln ist zwar der gesetzliche Weg, jedoch lassen sich eklatante personelle Fehlbesetzungen zum Schaden der Stadt nicht in jedem Fall vermeiden, da objektiven Beurteilungen der Kommissionen in solchen Fällen leider natürliche Grenzen gesetzt sind. Deshalb sind nach Auffassung der AfD die eigenen Leistungsträger in der Leipziger Stadtverwaltung zu fördern und auf die Übernahme leitender Funktionen vorzubereiten.

Begriffe wie „Bürgerbeteiligung“ und „Teilhabe“ an städtischen Entscheidungen haben in der Leipziger Stadtverwaltung und in der Stadtpolitik eine beachtliche Konjunktur. Die konkreten Erfahrungen bei Vorgängen zu Bürgeranliegen lassen aus Sicht der AfD allerdings zu wünschen übrig. Im Grunde werden die Bürger betreffs ihrer berechtigten Anliegen bisher nur über den zumeist unverrückbaren Standpunkt der Stadtverwaltung informiert, sozusagen „abgekanzelt“. Der ergebnisoffene Dialog mit einem befriedigenden Ergebnis oder einem Kompromiss für beide Seiten und das Eingehen der Verwaltung auf konstruktive Vorschläge der Bürger bzw. jeweiligen Bürgerinitiativen finden in der Regel nicht statt. Die AfD kritisiert eine solche Vorgehensweise der Verwaltung und wird sich auch in Zukunft für einen echten Dialog zwischen Verwaltung und Leipziger Bürgerschaft einsetzen!

Verwaltung kann selbstverständlich auch eingespart werden! Die AfD fordert z.B. die Abschaffung des kosten- und personalintensiven sogenannten „Willkommenszentrums“ im Bürgerzentrum Otto-Schill-Straße.